

Stadtpunkte

5|23



IM FOKUS

Grundsteuerreform:
Lastenverschiebung muss
vermieden werden

Städte und Gemeinden
fordern Tempo bei Reform der
Schulfinanzierung

Faire Verteilung von Geflüchteten
muss auf die Agenda

KALEIDOSKOP

AUS DEN STÄDTEN

Mit günstigem Solarstrom –
Modellprojekt zur warmmieten-
neutralen Gebäudesanierung in
Bielefeld Baumheide

FACHINFORMATIONEN

GERN GESEHEN

Der neue Ostbach in Herne



Grundstücksvermessung (Foto: Schutzfoto stock.adobe.com)



Grundsteuerreform: Lastenverschiebung muss vermieden werden

Einige Grundstücksbesitzer haben im Rahmen der bundesweiten Neuberechnung der Grundsteuer ab 2025 aufgrund der Reform bereits Grundsteuermessbescheide erhalten. Viele machen sich Sorgen um die neue Höhe der Steuern, obwohl die Bescheide noch keine Steuerbescheide sind. Zu diesem Thema sagte Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW, Anfang Juni gegenüber dem Bonner Generalanzeiger:

„Wie genau sich die Reform der Grundsteuer auswirken wird, lässt sich erst einschätzen, wenn bereits die Mehrzahl der Grundstücke im Land neu bewertet worden ist. Die bisher vorliegenden Zwischenergebnisse sind noch nicht statistisch valide.

Für die Städte ist klar: Es muss vermieden werden, dass es durch die Reform zu einer Lastenverschiebung zwischen Wohn- und Geschäftsgrundstücken kommt und womöglich Wohngrundstücke stärker belastet werden als Geschäftsgrundstücke.

Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie so frühzeitig wie möglich dazu Prognosen vorlegt. Bis Ende 2023 muss deshalb evaluiert sein, ob es erforderlich ist, die Grundsteuermesszahlen noch anzupassen, um dieser Lastenverschiebung entgegenzuwirken.“



Animation: Architekturbüros Diller Scofidio + Renfro

Titelfoto: Siegerentwurf für Pina Bausch Zentrum Wuppertal gekürt

Wundertal steht in großen Buchstaben am städtischen Schauspielhaus (Titelfoto: Bettina Milz). Das scheint eine Richtung vorzugeben. Vielerorten gibt es gerade etwas Überraschendes in dieser Stadt. Jetzt kommen dazu die Entwürfe für das künftige Pina Bausch Zentrum. Eine hochkarätige Jury hat drei Gewinner ausgewählt: Auf den ersten Platz wählte das Gremium den Entwurf des Architekturbüros Diller Scofidio + Renfro aus New York, der zweite Platz ging an das Büro Hascher Jehle Design GmbH aus Berlin und der dritte an Auer Weber Assoziierte GmbH aus München. Diller Scofidio + Renfro gilt als eines der weltweit führenden Architekturbüros für Kulturbauten. Das New Yorker Büro sieht einen Glasriegel aus recyceltem Stahl mit variablen Arbeitsräumen, Innen- und Außen Bühnen vor sowie Begrünung für das Pina Bausch Zentrum.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Uwe Schneidewind danke allen Mitwirkenden für die ausgezeichnete Zusammenarbeit im Preisgericht und betonte die Bedeutung des Projektes für die Stadt: „Wir haben zukunftsweisende architektonische Entwürfe ausgewählt. Denn unsere Städte brauchen Zukunftsprojekte, die als Transformationsmotoren wirken. Ausgangspunkt sind der ungeheure künstlerische Mut und der tiefe Humanismus, die das Werk der herausragenden Künstlerin Pina Bausch prägen. Wir brauchen die Verbindung von Internationalität, lokaler Lebensqualität und eine globale Empathie mehr denn je. ... Unser Ziel ist ein neuer und offener Ort für die Kunst, ein Ort an dem Menschen aus Wuppertal, aus Nordrhein-Westfalen und der Welt zusammenkommen, auch ein Best-Practice-Beispiel in Sachen Nachhaltigkeit.“

Die Tänzerin und Choreografin Pina Bausch (1940–2009) gilt als Pionierin des modernen Tanztheaters und als eine der einflussreichsten Choreografinnen und Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Ihr künstlerischer Mut ist wegweisend. Das Pina Bausch Zentrum soll ein zeitgenössischer, zur breiten Teilhabe einladender, ganztags offener Ort mit einem hohen Anspruch an Nachhaltigkeit werden. Allein der Bund fördert das Vorhaben mit rund 40 Millionen Euro, kofinanziert von Stadt und Land.

www.pinabauschzentrum.de

Städte und Gemeinden fordern Tempo bei Reform der Schulfinanzierung

Die Städte und Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen haben die Landesregierung aufgefordert, die Neuordnung der Schulfinanzierung in NRW unverzüglich anzugehen. „Die Zeit drängt. Wenn es in dieser Legislatur noch Ergebnisse geben soll, muss das Land jetzt so schnell wie möglich die ersten Schritte für eine Reform machen“, sagten Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW, und Christof Sommer, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW Anfang Mai gegenüber Medien.

In einer Pressemitteilung verwiesen sie darauf, dass die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag zugesichert hat, die Finanzierung der Schulen in NRW gemeinsam mit den Kommunen neu aufzustellen. „Was wir jetzt brauchen, ist ein klares Signal, wann dieser Prozess startet und wie die Kommunen eingebunden werden“, so Dedy und Sommer.

In den vergangenen Jahren sind für die Kommunen als Schulträger immer neue Aufgaben hinzugekommen: Digitalisierung, Ganztagsausbau, Schulsozialarbeit, Integration und Inklusion. „Die Systematik der Schulfinanzierung hat sich aber überhaupt nicht verändert und ist inzwischen völlig aus der Zeit gefallen. Viele wichtige Zukunftsaufgaben, die die Städte und Gemeinden als Schulträger inzwischen stemmen, werden nicht angemessen finanziert“, so Dedy und Sommer.

Die beiden kommunalen Spitzenverbände in NRW fordern das Land auf, zunächst mit einem unabhängigen Gutachten die bisherige Finanzierung und die Bedarfe systematisch zu erfassen. Dieses Gutachten sollte im Konsens zwischen Landtag, Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden



Foto: Laurence Chaperon

„Viele wichtige Zukunftsaufgaben, die die Städte und Gemeinden als Schulträger inzwischen stemmen, werden nicht angemessen finanziert“.

Helmut Dedy
Geschäftsführer Städtetag NRW

beauftragt werden. „Das ist ein unverzichtbarer erster Schritt für die Reform der Schulfinanzierung. Ein Gutachten löst zwar keine Probleme. Wir kommen aber nur dann zu besseren Regelungen, wenn wir einen kritischen und ehrlichen Blick auf den Status quo werfen“, sagten Dedy und Sommer.

Bis eine nachhaltige und zukunftsfähige Reform der Schulfinanzierung greift, brauchen die Schulträger aber zusätzlich die im Koalitionsvertrag zugesagte Neuauflage eines Schulinvestitionsprogrammes. „Wir müssen jetzt Schulen ausbauen und sanieren“.

Faire Verteilung von Geflüchteten muss auf die Agenda

Anfang Juni haben sich die EU-Innenminister auf einen Kompromiss für neue europäische Asylregeln geeinigt. Dazu sagte Thomas Kufen, Vorsitzender des Städtetages NRW und Oberbürgermeister der Stadt Essen, gegenüber dem Kölner Stadt-Anzeiger:

„Mit dem Kompromiss der EU-Innenminister kommt endlich Bewegung in die Asyldebatte auf europäischer Ebene. Ob das dann auch zu Ergebnissen führt, die die Städte in NRW letztendlich entlasten, bleibt abzuwarten. Wenn es zu konkreten Beschlüssen auf EU-Ebene kommt, muss dazu auch die faire Verteilung von Geflüchteten und Asylsuchenden auf die Mitgliedsstaaten gehören. Die bisherige Ungleichverteilung überfordert die Infrastruktur und Integrationsangebote in den Städten in Deutschland – auch in NRW. Wenn der jetzt von den EU-Innenministern vereinbarte Solidaritätsmechanismus zur Verteilung wirklich wirkt, kann das die Städte in NRW entlasten.“

Kufen rechnet allerdings nicht mit einer kurzfristigen Entlastung für die Städte in NRW: „Klar ist aber auch: Die möglichen Maßnahmen auf EU-Ebene sind noch nicht final beschlossen und werden nicht von heute auf morgen wirken.“ Die Ministerpräsidentenkonferenz und der Bundeskanzler müssten deshalb „endlich den Weg freimachen für ein dauerhaftes System zur Finanzierung der Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten, das sich steigenden Flüchtlingszahlen anpasst“, so Kufen.

Unabhängig von den Ergebnissen der Ministerpräsidentenkonferenz mit Kanzler Olaf Scholz bleibe aber auch die Landesregierung weiter in der Pflicht. „Sie muss Finanzierungslücken bei den Kommunen durch eine Novelle des Flüchtlingsaufnahmegesetzes schnell schließen und die vom Bund bereit-



Foto: Ralph Schultheiss

„Wenn es zu konkreten Beschlüssen auf EU-Ebene kommt, muss dazu auch die faire Verteilung von Geflüchteten und Asylsuchenden auf die Mitgliedsstaaten gehören“.

Thomas Kufen
Vorsitzender Städtetag NRW und
Oberbürgermeister der Stadt Essen

gestellten Mittel eins zu eins an die Kommunen weitergeben. Außerdem muss das Land den Ausbau der Plätze in Landeseinrichtungen zur Aufnahme von Geflüchteten deutlich stärker vorantreiben. Die aktuellen Pläne der Landesregierung sehen einen Ausbau auf 34.500 Plätze vor. Das reicht nicht. Der Städtetag NRW erwartet einen zügigen Ausbau auf 70.000 Plätze“, sagte der Vorsitzende des Städtetages NRW.

Essen und Witten: Projekte mit Preis Soziale Stadt ausgezeichnet

Das Projekt „Katenerberger Bach – Mach mit!“ in Essen und die Wohnungsgenossenschaft Witten-Mitte eG sind mit dem renommierten „Preis Soziale Stadt“ ausgezeichnet worden. Im Essener Projekt sieht die Jury ein herausragendes Beispiel für die gemeinsame Aufwertung und Gestaltung des Lebensumfelds. Eine Vielzahl institutioneller und privater Akteure hätten den ökologischen Umbau des Bachs genutzt und eine vielfältige blau-grüne Infrastruktur für die Bevölkerung geschaffen. Insbesondere die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern sowie das Konzept eines „Blauen Klassenzimmers“ habe beeindruckt.

Das Projekt in Witten zeige als Reaktion auf den Ukrainekrieg in besonderer Weise, wie groß Hilfsbereitschaft und Unterstützung in der Gesellschaft ist, um Menschen in Not zu helfen. Der Genossenschaft Witten-Mitte eG hatte Geflüchtete aufgenommen und in ein Wohnquartier unter Teilhabe der dortigen Bewohnerinnen und Bewohner integriert.

Mit dem Preis Soziale Stadt wurden insgesamt fünf von bundesweit 101 Projekten gewürdigt. Der Wettbewerb ist eine Gemeinschaftsinitiative des AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverbandes, des Deutschen Städtetages, des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, des Deutschen Mieterbundes und des vhw Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung. Er wird durch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) unterstützt.

www.preis-soziale-stadt.de



Foto: M. Gavriš

Köln und Mönchengladbach: Finanzierungsvereinbarung für S-Bahn-Ausbau

Der Bund und die Deutsche Bahn haben eine Vereinbarung zur Finanzierung des Ausbaus der S-Bahn zwischen Köln und Mönchengladbach unterzeichnet. Insgesamt mehr als 200 Millionen Euro aus Bundesmitteln sollen in ein zusätzliches Gleis, neue Stationen sowie moderne Signaltechnik fließen. Das Projekt wird über das sogenannte „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ finanziert.

<https://sbahnkoeln.de>



Foto: K+S Studios

Bochum und Bonn: Nationale Preise Bildung für nachhaltige Entwicklung

Der Bonner Verein „Abenteuer Lernen e. V.“ sowie der Verein „Klimabildung e. V.“ aus Bochum erhielten den Preis in der Kategorie Lernorte und Multiplikatorinnen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Deutschen UNESCO-Kommission. Sie haben sich in herausragender Weise für Bildungsarbeit für nachhaltige Entwicklung eingesetzt und Inhalte vermittelt, die Menschen befähigen, stärker zu einer sozialen und umweltverträglichen Zukunft beizutragen. In der Kategorie Bildungslandschaften ging ein Preis nach Düren.

www.bne-portal.de



Duisburg: App führt durch Europas größten Binnenhafen

Die interaktive App „Perspektivwechsel“ führt jetzt durch Duisburg-Ruhrort den größten Binnenhafen Europas und dem lange Zeit zentralen Umschlagsplatz im Ruhrgebiet. Mit Hilfe von Augmented Reality lässt sich so in ein Stück Industriegeschichte erleben. „Ruhrort“ ist nach „Muttental“, „Bochumer Verein“ und „Zollverein“. die vierte multimediale Rundtour durch die Industriegeschichte des Ruhrgebiets, die im Rahmen der App „Perspektivwechsel“ realisiert wurde. „Perspektivwechsel“ ist ein Projekt des Regionalverbandes Ruhr (RVR) in enger Zusammenarbeit mit der Ruhr Tourismus GmbH (RTG).

www.bne-portal.de



Dortmund: Fachkräftekampagne startet mit Drohnenshow „WE WANT U“

100 leuchtende Drohnen haben am 22. Mai am Dortmunder U am Nachthimmel nach einer mehrminütigen Show in rund 70 Metern Höhe ein pulsierendes Motto: „WE WANT U“ geformt. Die Aktion war der Auftakt der neuen Fachkräftekampagne des Regionalverbandes Ruhr (RVR). Zielgruppe sind Hochqualifizierte, die in Bereichen der grünen Transformation arbeiten wollen. An der Kampagne beteiligen sich zahlreiche Unternehmen des Ruhrgebiets. Sie bieten unter dem Dach von „We want you“ Praktika in Geschäftsbereichen an, die an der ökologischen Transformation des Unternehmens und der Region beteiligt sind. Eine aktuelle deutschlandweite Civey-Umfrage mit 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ab 18 Jahren im Auftrag des RVR hatte gezeigt, dass Menschen außerhalb der Metropole Ruhr die Region oft noch unterschätzen. Auch das soll die neue Fachkräftekampagne ändern.

<http://metropole.ruhr/we-want-u>





Baumheide-Header (Foto: Kai Uwe Oesterhelweg)

Mit günstigem Solarstrom – Modellprojekt zur warmmietenneutralen Gebäudesanierung in Bielefeld Baumheide

Der hohe Energiebedarf im Gebäudesektor muss schnellstmöglich gesenkt werden, um Klimaziele zu erreichen und fossile Energien einzusparen. Deutschlandweit hat Gebäudewärme mit etwa 35 Prozent einen immens hohen Anteil am Gesamtenergieverbrauch. Die Dekarbonisierung des Wohnungsbestands ist dringend notwendig – dies muss aber sozial verträglich erfolgen. Angesichts immer weiter steigender Energiepreise, kann die warmmietenneutrale Gebäudesanierung hier der Schlüssel sein.

Bereits 2019 haben die Arbeitsgemeinschaft (AG) Innovation City Management GmbH (ICM) und GERTEC GmbH für das Wohnungsbauunternehmen Vonovia innerhalb des Projektes „Quartiersentwicklung in Bielefeld Baumheide“ einen Ansatz zur warmmietenneutralen Gebäudesanierung erprobt.

Das Quartier Baumheide befindet sich im Osten der Stadt Bielefeld und weist größtenteils Bestände aus den 1960er Jahren auf. Die Vonovia ist Eigentümerin von 560 Wohneinheiten mit Potenzial zur energetischen Sanierung. Die AG hat im Auftrag des Wohnungsbauunternehmens für diesen Bestand Modernisierungsvarianten unter Inanspruchnahme von Fördermitteln erstellt. Dabei stand im Fokus, die Maßnahmen sozialverträglich mit dem Ziel einer warmmietenneutralen Gebäudesanierung durchzuführen. Die Investitionen in die Sanierungsmaßnahmen wurden hierzu zunächst auf das Erreichen der Effizienzhausklasse B (von vormals Klasse F) begrenzt, damit die erforderliche finanzielle Umlage über die Anpassung der Kaltmiete auf ein Minimum beschränkt werden konnte. Gleichzeitig sah das Konzept vor, die Mieterinnen und Mieter durch ein Mieterstrommodell zu entlasten:

So bietet die Vonovia ihren Mieterinnen und Mieter nach der Sanierung die Versorgung über eigens produzierten Strom, z. B. über PV-Strom vom eigenen Dach, an. Hierdurch können die Wärme- und Stromkosten gesenkt und die erhöhte Kaltmiete in der Bilanz möglichst abgefangen werden. Auch wenn das Projekt in der Form ein großer Erfolg war, so ist dennoch im Rahmen der Quartiersentwicklung in Bielefeld Baumheide deutlich geworden, dass selbst bei extrem hohen Anstrengungen eine warmmietenneutrale Modernisierung nur sehr schwer zu erreichen ist. Hier bedarf es Erleichterungen seitens der Politik, nur mit effizientem Mieterstrommodell ist Warmmietenneutralität flächendeckend erreichbar.

Die energetische Sanierung von Gebäuden rechnet sich angesichts steigender Energiepreise mehr denn je. Im Rahmen Quartiersentwicklung in Bielefeld Baumheide ist nochmals deutlich geworden, dass das nicht nur für Einfamilienhäuser, sondern auch für Mehrfamilienhäuser gilt. Voraussetzung ist, dass die klimagerechte Sanierung nicht zu finanziellen Lasten der Mieterinnen und Mieter führt. Das Modell in Bielefeld zeigt, dass es möglich ist. Und dieses löst die Akzeptanz bei den Mieterinnen und Mieter für die besseren Wohnbedingungen in klimasanierten Wohnungen aus. Somit sind Mieterstrommodelle und warmmietenneutrale Ansätze grundsätzlich auch Akzeptanztreiber zur Erreichung der Klimaziele.

Damit könnte in Deutschland eine energetische Sanierungsquote erzielt werden, die dem Klimaschutz gerechter wird – aktuell stehen wir bundesweit bei weniger als einem



Kartenausschnitt Baumheide

Prozent – , deshalb brauchen wir vereinfachte Prozesse, um die Sanierungen für Vermieterinnen und Vermieter und Mieterinnen und Mieter attraktiver gestalten. Mieterstrom könnte einfach und unbürokratisch mit den jährlichen Betriebskosten abzurechnen sein. Hierzu braucht es eine einfache Ergänzung der Mietgesetzgebung zur Einführung von Mieterstrom und eine Gebäudeenergiekostenverordnung, die nicht nur die Verteilung der Kosten der Wärme und des Warmwassers, sondern auch die Verteilung der Kosten des im Gebäude erzeugten Stroms regelt. Der Knoten zur klimagerechten Sanierung der bestehenden Wohngebäude könnte so sehr einfach gelöst werden.

Burkhard Ulrich Drescher
Oberbürgermeister a.D.
Geschäftsführer/CEO Innovation
City Management GmbH

Diskussionspapier: Damit Hitze nicht krank macht: wie Städte cool bleiben



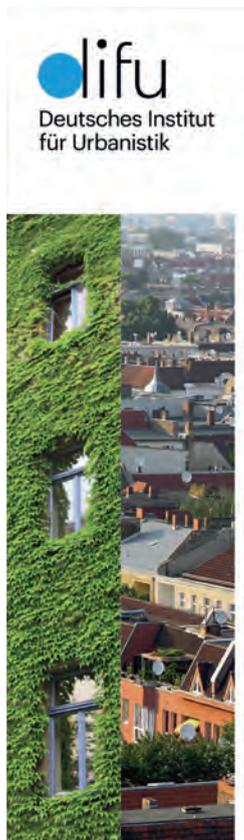
Mit dem Diskussionspapier zeigt der Deutsche Städtetag die zentralen Arbeitsfelder und Herausforderungen kommunaler Hitzevorsorge auf und stellt klar: Hitzevorsorge und Hitzeschutz sind angesichts des Klimawandels zu zentralen Aufgaben geworden. Zu viel Hitze kann krank machen und Hitzewellen beeinträchtigen die Lebensqualität. Die Städte haben das erkannt, stellen Trinkbrunnen auf, pflanzen Bäume oder planen Freiluftschneisen. In den dicht bebauten Städten lassen sich die notwendigen, vor allem baulichen Maßnahmen aber nicht immer sofort und einfach umsetzen.

<https://t1p.de/PoPaHitze>

Difu-Policy-Paper: Flächennutzungsplanung fit machen für die Innenentwicklung

Wie lässt sich Flächennutzungsplanung im Städtebau für eine gute Innenentwicklung und Klimaanpassungen nutzen? Diese Frage steht im Kern des Difu-Policy-Paper „Die Flächennutzungsplanung fit machen für die Innenentwicklung“. Das Paper ist die erste Veröffentlichung einer neuen Difu-Publikationsreihe zu allen kommunal relevanten Themen. Die Publikation gibt diverse Empfehlungen und geht auch auf die Bedeutung des seit 2021 gesetzlich geregelten Innenentwicklungskonzepts und seine Anwendung ein.

www.difu.de/17876



Positionspapier: Gemeindefinanzierung – kein Nachholbedarf für ländlichen Raum

Im Vorfeld der Diskussionen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 ist festzustellen, dass von interessierter Seite die Verschiebungen bei den Schlüsselzuweisungen zugunsten der kreisfreien Städte als Benachteiligung des ländlichen Raumes gewertet wird. Diese Wertung ist unzutreffend. Denn die Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen in den vergangenen Jahren sind ein Ausgleich für eine gegenläufige Entwicklung bei den Steuereinnahmen. Hier kommt der kommunale Finanzausgleich seiner Kernfunktion nach. Das System funktioniert genauso, wie es soll. Diese Feststellung erläutert der Städtetag in einem Positionspapier, das den Fraktionsvorsitzenden und den kommunalpolitischen Sprechern der im Landtag vertretenen Parteien zugeleitet wurde.

<https://t1p.de/PoPaGFG2024>





Fotos: Thomas Schmidt/Stadt Herne



Der neue Ostbach in Herne

Die Renaturierung der Emscher und ihrer Nebenläufe versetzt zwar keine Berge – aber sie verlegt Gewässer. Ein Beispiel dafür ist der Ostbach in Herne. Ich bin dort ganz in der Nähe aufgewachsen. Zu Gesicht bekommen habe ich diesen Bach aber kaum. Er lag wie viele Bäche im Ruhrgebiet in Rohre gezwängt unter Erde und diente der Entsorgung von Abwässern. Dank des Umbaus des Emschersystems durch die Emschergenossenschaft ist er nun nicht nur frei davon, sondern er hat ein neues Bett erhalten. So entsteht eine gesunde Gewässerlandschaft, die neues blau-grünes Leben in dem einstigen Schmutzwasserlauf ermöglicht. Damit

wirkt der Ostbach wie andere renaturierte Bäche auch als natürliche Klimaanlage. Und: Dort können die Schülerinnen und Schüler eines nahegelegenen Gymnasiums und einer Grundschule lernen. Das Blaue Klassenzimmer bietet hierfür Sitzmöglichkeiten aus Natursteinblöcken und einen Zugang zum Bach. Mit Projekten wie dem Ostbach zeigen wir in Herne und im Ruhrgebiet anschaulich wie wir den Weg zur grünsten Industrieregion der Welt gestalten.

Dr. Frank Dudda
Oberbürgermeister
der Stadt Herne



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Twitter: [@staedtetag_nrw](https://twitter.com/staedtetag_nrw)

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn,
Leiter Abteilung Kommunikation und Medien

Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Media Cologne GmbH,
Hürth

ISSN: 2748-9752
Köln, Juni 2023